

AdT Nr. 9 Argument des Tages

Wahlbüro

15. September 2009

Bundeswehr raus aus Afghanistan! II

Der Steinmeier-Plan

Zwei Wochen vor den Bundestagswahlen hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) einen 10-Punkte Plan für Afghanistan vorgestellt, der bis 2013 die Voraussetzung für einen Abzug der Bundeswehr schaffen soll. Dies steht im Widerspruch zur Mandatierungspolitik von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen. Erst vor einem Jahr hat der Bundestag für eine Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, wie für eine Aufstockung der deutschen Truppen am Hindukusch votiert. Alle Bundeswehrmandate in Afghanistan enden am 13. Dezember. Dann droht eine Truppenaufstockung auf 6000 und mehr deutsche Soldaten. Auch dies wäre mit dem Steinmeier-Plan kompatibel, da er die lediglich die Voraussetzungen für einen Abzug schaffen will, ohne ein Abzugsdatum zu nennen. Der Steinmeier-Plan ist vor dem Hintergrund der ständigen Zustimmung der SPD zu jeder Truppenaufstockung in Afghanistan als groß angelegter Wahlkampftrug zu betrachten, der angesichts der massiven Kritik aus der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken versucht, als wäre die SPD irgendwie auch für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Der Steinmeier-Plan zeigt aber, wie stark die SPD unter den Druck der Öffentlichkeit geraten ist.

Die Bombardierung in Kundus

Nach Angaben einer afghanischen Untersuchung sind bei der von der Bundeswehr angeordneten Bombardierung von zwei Tanklastwagen in der Nähe der Stadt Kundus 30 Zivilisten getötet worden. Der deutsche Bundeswehr-Kommandeur Oberst Georg Klein hatte den Luftangriff nahe Kundus in der Nacht zum 4. September nach der Kaperung von zwei Tanklastwagen durch die Taliban angefordert. Der Angriff wurde international heftig kritisiert, auch von den NATO-Verbündeten. Diese ordneten eine eigene Untersuchung an, das Ergebnis steht allerdings noch aus. Nach Augenzeugenberichten war einer der Tanklastzüge in einem Flussbett steckengeblieben. Die Taliban hätten daraufhin

Dorfbewohner dazugerufen, Benzin zu zapfen. Als die beiden 250 Kilogramm schweren Bomben niedergingen, standen demnach Dutzende Menschen um die Tanklastwagen herum. Die Bundesregierung wollte den Bericht der afghanischen Untersuchungskommission nicht kommentieren. Bundeskanzlerin Merkel, wie auch Außenminister Steinmeier hatten sich aber, ohne ein Ende der Untersuchung abzuwarten vor die Bundeswehr gestellt. Verteidigungsminister Jung hatte nach tagelangen Aussagen, es seien keine Zivilisten zu Schaden gekommen, eingeräumt, dass es auch zivile Tote gegeben haben mag. Die Strategie zur Rechtfertigung der Bombardierung hat sich insofern verändert. Versuchte man anfangs zivile Opfer zu leugnen, so werden diese jetzt zwar als tragisch bezeichnet, aber gerechtfertigt, weil die Bundeswehr sich gegen eine unmittelbare Bedrohung habe wehren müssen.

Die Begründungen des Bundeswehreinsatzes

Als Legitimation für den Einsatz wird in der Regel vorgegeben die Bundeswehr schütze die Demokratie und die Frauenrechte in Afghanistan und verhindere den Aufbau von Ausbildungslagern für Al-Kaida-Kämpfer am Hindukusch. Angesichts der Situation in Afghanistan richten sich diese drei Legitimationsstränge selbst. Bei den Präsidentschaftswahlen gab es massiven Wahlbetrug. Internationale Beobachter sprechen von einer Farce. Präsident Karsai regiert mit einer Koalition von War-Lords und Kriegsverbrechern geschützt von der NATO. Die Lage der Frauen in Afghanistan ist so schlecht, wie noch nie seit 2001. Die Alphabetisierungsrate sinkt. Die soziale und gesundheitliche Situation ist weiterhin äußerst schlecht und verschlechtert sich durch den Krieg noch. Die Verletzung von Frauenrechten in anderen Ländern, werden selbstverständlich nicht als Interventionsgrund herbeigezogen, wenn die entsprechenden geopolitischen Interessen fehlen. Der Widerstand gegen die ausländischen Truppen kontrolliert mittlerweile zwischen 60-80% des Landes. Er ist trotz des massiven Aufstockens der NATO-und US-Truppen jedes Jahr stärker geworden. Von einer Kontrolle des Landes durch die ausländischen Truppen kann keine Rede sein. Deshalb ist jeder Tag, den die Bundeswehr in Afghanistan bleibt, ein Tag zuviel.

Dokumentiert:

Aufruf „Für den Abzug“

<http://www.freitag.de/wochenthema/0937-aufruf-abzug-afghanistan-freitag>